

Wie steht es mit der Umstellung der Kreissekretariate?

Der Beschluß des Parteivorstandes vom 20. und 21. Juli 1949 über die Verbesserung der Organisationsarbeit der Partei bildet die Grundlage für die Beseitigung überholter Organisationsformen und unzureichender Arbeitsmethoden in der ganzen Partei, insbesondere bei den Kreissekretariaten.

Der Entwicklung der Arbeit in dieser Richtung setzten der bisherige Aufbau der Kreissekretariate und die von ihnen angewandten Arbeitsmethoden ein Hindernis entgegen.

Wenn das auch von den Funktionären bereits erkannt wird, so zeigen uns die eingeleiteten Maßnahmen zur Durchführung des Beschlusses des Parteivorstandes sehr oft, daß die in ihm enthaltenen politischen Grundgedanken noch längst nicht überall begriffen werden, sondern daß der Beschluß rein mechanisch, formalistisch ausgelegt wird. Charakteristisch dafür sind folgende Tatsachen:

Die Bedeutung der Trennung der Sekretariatsarbeit von der Abteilungsarbeit, das heißt, daß die Sekretäre bzw. Mitglieder des Sekretariats nicht gleichzeitig Abteilungsleiter sein dürfen, wird unterschätzt. In vielen Fällen werden auch für das neue Sekretariat die bisher tätigen Sekretäre als Mitglieder vorgeschlagen und auch weiterhin mit der Verantwortung für die einzelnen Abteilungen in praktisch derselben Weise wie bisher betraut. In die Funktion der Abteilungsleiter werden dann, um den Beschluß wenigstens nach außen hin zu erfüllen, Sachbearbeiter eingesetzt, deren Verantwortungsbereich aber auch nicht über den bisherigen Rahmen hinausgehen soll. Nicht selten wird die Funktion eines Abteilungsleiters einfach offengelassen und ein Sekretär mit der interimistischen Wahrnehmung der Aufgaben des betreffenden Abteilungsleiters beauftragt. Bei einer solchen Einstellung kann das Ergebnis der „Realisierung“ des Beschlusses nur die alte Sekretariats- und Arbeitsform, allerdings mit neuen Bezeichnungen, sein.

Es wird hier nicht erkannt, daß die Aufgaben der Sekretariatsmitglieder von den Aufgaben der Abteilungsleiter verschieden sind. Werden, wie es in der bisherigen Praxis der Fall war, dieselben Genossen für beide Arbeiten verantwortlich gemacht, dann wird dadurch naturgemäß die volle Entfaltung unserer politischen Arbeit und die exakte Lösung der gestellten Aufgaben behindert. Jede Aufgabe — die der Sekretariate und die der Abteilungen — erfordert eine qualifizierte politische Kraft.

Nach wie vor mangelt es auch noch vielfach an dem Willen, in stärkerem Maße Genossinnen mit Funktionen zu betrauen und sie auch für die Sekretariate vorzuschlagen. Wenn nicht gerade eine bewährte Genossin „greifbar“ ist, die man nur schwer umgehen kann, wird meistens von der Nominierung einer Genossin Abstand genommen. Dasselbe ist über die Heranziehung jugendlicher Mitglieder zu sagen.

Die Realisierung des Beschlusses des Parteivorstandes ist die für die weitere Arbeit der Kreissekretariate entscheidende nächste Aufgabe. Die bisherigen Erfahrungen dabei zeigen, daß die wenigsten Kreisvorstände zur Lösung dieser Aufgaben ohne die Unterstützung durch Kontrolle und Anleitung von Seiten des Landesvorstandes imstande sind.

Bei der Diskussion und Beschlußfassung über die Arbeit der Kreissekretariate im Zusammenhang mit der Wahl der Leitungen sollte die Frage der Umstellung der Kreissekretariate gemäß unseren neuen Organisationsrichtlinien besondere Berücksichtigung finden.

Aiols plus Htl/e

KARL M EW I S, Mitglied des Sekretariats des Landesvorstandes Mecklenburg

Der Kampf um die Erhöhung

In der Entschließung des Parteivorstandes vom 23. August 1949 über „Die nächsten Aufgaben der Partei“ wird als Hauptmangel der Arbeit der leitenden Parteiorgane die ungenügende Anleitung und Kontrolle der Arbeit der Grundeinheiten der Partei dargestellt. Der nachfolgende Beitrag ist ein Beispiel dafür, wie eine obere Leitung — das Sekretariat des Landesvorstandes Mecklenburg — einer Betriebsgruppe konkrete Hilfe in ihrer Arbeit gibt.

Die Redaktion

Im Monat Juli behaupteten Genossen der Rostocker Neptunwerft, bei ihnen sei im großen Maßstabe der Leistungslohn eingeführt. Andererseits lagen aber beim Sekretariat des Landesvorstandes Berichte darüber vor, daß die Massenaufklärung, die ideologische Arbeit der Partei und die Tätigkeit der Gewerkschaften auf der Werft außerordentlich mangelhaft seien. Deshalb führte das Sekretariat des Landesvorstandes zusammen mit dem Kreissekretariat Rostock eine Überprüfung der Parteiarbeit auf der Werft durch. Das Ziel war nicht nur eine unmittelbare Hilfe für die Betriebsgruppe der Neptunwerft, sondern durch die bei dieser Überprüfung gesammelten Erfahrungen auch eine Verbesserung der Arbeitsmethoden des Sekretariats des Landesvorstandes zu erreichen, um den Parteileitungen aller volkseigenen Betriebe eine bessere Anleitung und Hilfe bei ihrem Kampf um die Erhöhung der Arbeitsproduktivität geben zu können.

„Akkord“ statt Leistungslohn

In den Aussprachen, die wir mit den Arbeitern hatten, sagten sie alle, daß sie im „Akkord“ arbeiteten, das heißt sie bekamen ihren garantierten Stundenlohn plus 15 oder mehr Prozent, wenn sie die „Akkord“basis überschritten. Aber Meister und Vorarbeiter zusammen mit alten Gewerkschaftern wachten mit Argusaugen darüber, daß kein Arbeiter mehr als 15 oder 20 Prozent über die Norm angab. Bei der Betriebsleitung gab es ein Arbeitsvorbereitungsbüro und ein „Akkordbüro“. Angeblich waren 1200 neue, technisch begründete Normen geschaffen. Aber auch die Arbeiter, die nach den neuen Normen arbeiteten, bekamen einen „Akkord“zettel. In der Elektroschweißerei wurde zwar der Leistungsschein verwandt — aber vom Kolonnenschieber ausgefüllt, der darüber wachte, daß die abgebummelten Stunden getarnt wurden.

Die Arbeiter wußten nicht, was Leistungslohn ist, und auch die neuen Normen waren nicht unter Mitwirkung der Arbeiter selbst festgesetzt worden, ja sie waren in den meisten Abteilungen nicht einmal durch Aushang bekanntgegeben. In einer Riesenversammlung der ganzen Belegschaft hatte man sich in großen Referaten mit der Nationalen Front und dem Produktionsplan beschäftigt, jedoch die Produktionsberatungen in den Gewerken und die aufklärenden kleinen Aussprachen vernachlässigt.

Die schlechte Organisation der Arbeit war nach Meinung der Arbeiter der Hauptmangel des Betriebes. In der Tat stießen wir in allen Gewerken auf ernste Mängel in der Arbeitsvorbereitung und Arbeitsorganisation.

Die BGL macht Lohnpolitik

In der 24köpfigen BGL bestand die Meinung, daß Leistungslohn eine Art Akkord ist. Die Hauptarbeit der BGL bestand in der Aufklärung über Tariffragen und in Lohnverhandlungen. In den Gewerken arbeiteten Lohnkom-